Bericht

der

Untersuchungskommission über die Sonderbunds-
rechnung.

Vom 30. Juli 1853.

An

das schweizerische Militärdepartement.

Tit.

Ihrem Wunsche zufolge haben die Unterzeichneten, welche Berichterstatter in dem National- und Ständerath über die Rechnung betreffend den Feldzug vom Jahr 1847/48 waren, die laut dem Beschlusse des Ständerathes noch unerledigten Punkte einer Untersuchung unterworfen und sind nun im Falle, Ihnen das Resultat dieser Untersuchung durch gegenwärtigen Bericht mitzutheilen.

Der Bericht schließt sich an das von der Kommission des Ständerathes verfaßte Gutachten an, welches gedruckt vorliegt. (Siehe Bundesbl. v. J. 1853, Bb. III, Seite 110.) Wir gehen davon aus, daß alle in dem Beschlusse des Ständerathes nicht speziell bezeichneten Punkte als erledigt anzusehen und es nicht nothwendig sei, auf dieselben zurück zu kommen.

I.

a. Der erste Punkt, der in dem ständeräthlichen Beschlusse als nicht gehörig aufgeklärt bezeichnet wird, bezieht sich auf die sub Art. 1 (S. 135) angeführten Vorräthe an Brod, Mehl und Getraide, welche dem Sonderbund angehörten und nach der Okkupation der Kantone Luzern und Schwyz von eidg. Kriegskommissariatsbeamten bezogen wurden.

Diese Vorräthe, welche nach der Behauptung der Stände des ehemaligen Sonderbundes von dem Kommissariat nicht in Rechnung gebracht wurden, bestehen in 6924 Pfund Brod, 1721 Pfund Kernen und 260 Säfen Mais.

Was nun die 6924 Pfund Brod betrifft, so geht aus dem Schreiben des eidg. Oberkriegskommissariats an das Kriegskommissariat des Kantons Luzern vom 30. April 1849, der Antwort des letztern vom 31. Mai gl. J., zwei weitem Schreiben des erstern an das letztere vom 2. und 21. Juni, so wie den dießfalls erteilten Antworten vom 6. und 22. Juni 1849 hervor, daß die Gebrüder Steiner in Luzern die bezeichneten Brode gebakten und dafür Fr. 77. 89 Rp. Bäckerlohn erhalten haben. Bei den Belegen finden sich unter Nr. 1030 zwei Empfangscheine von der Magazinverwaltung für 2308 Laib Brod; diese machen 4616 Portionen aus und wiegen 6924 Pfund. Es ist somit nachgewiesen, daß diese Brode durch die Gebrüder Steiner gebakten und in das Magazin abgeliefert wurden, mithin ihre gehörige Verwendung gefunden haben.

In Bezug auf die 1721 Pfund Kernen ist es nicht möglich gewesen, eine ganz genaue und sichere Auskunft zu erhalten. Allein wir glauben, daß das, was vorliegt, genügt, um das Kommissariat dießfalls vollkommen zu entlasten. Aus dem Magazinbeleg Nr. 237 geht hervor, daß unter den Fruchtvorräthen, welche von dem Kommissär der V. Division mit Beschlag belegt und nach Luzern geliefert wurden, 122 Säfe Korn aus dem Kanton Schwyz sich befanden. Dieses wird auch bestätigt durch eine dem Schreiben des Divisionskriegskommissärs, Hrn. Major Halder, vom 17. Dezember 1847 beigefügte Randbemerkung des Herrn Stabshauptmann Kündig, nach welcher

unterm 24. Dezember 1847 40 Säke, unterm 4. Januar 1848 wieder 40 Säke und unterm 8. Januar 42 Säke, mit- hin im Ganzen 122 Säke nach Luzern geliefert wurden. Die fraglichen 11 Säke oder 1721 Pfund Kernen müssen nun in den bezeichneten 122 inbegriffen gewesen sein, weil weder eine andere Sendung von Kernen aus dem Kanton Schwyz nach Luzern hergestellt, noch die Bescheinigung beigebracht ist, daß 133 Säke bezogen, oder Spuren vorliegen, daß dieselben auf die Seite geschafft worden seien.

Was die Verwendung dieses Kornes betrifft, so finden sich in den Belegen für die Rückvergütung unter Nr. 3, Band 39, 606 Säke Korn, die dem Müller *Limacher* in Luzern für Fr. 4788 verkauft und in Rechnung gebracht worden sind. Es wurden nämlich zu den 122 Säken Korn von Schwyz noch 584 aus dem Kanton Unterwalden hinzu gerechnet und der Beweis der Verwendung der 706 Säke Korn in folgender Weise geleistet:

Die bezeichneten	Säke 606
kaufte der obgenannte Müller; die übrigen	„ 100
wurden dem Lieferanten <i>Reinle</i> kaufswweise	
abgetreten.	

Total: Säke 706

Der Bestand der 500 Säke Maiskorn, welche das Kantonskriegskommissariat von Luzern an das eidgenössische Magazin abgeliefert haben soll, ist nicht nachgewiesen. Den vorhandenen Akten kann nur so viel entnommen werden, daß fragliches Kriegskommissariat unterm 28. November 1847 der eidgenössischen Armeeverwaltung die behauptete Quantität Maiskorn zur Verfügung stellen wollte und daß wirklich 97 ungewogene Säke dieser Fruchtart abgegeben wurden. Wir verweisen dießfalls auf die Zusage des Kriegskommissariats des hohen Standes Luzern, vom 25. November 1847, und auf den unterm 30. No-

vember gleichen Jahres aufgenommenen Etat über die dem sogenannten Sonderbund angehörenden Frucht-, Mehl- und Brodvorräthe. Wie es nun aber gleichwol möglich war, daß die eidgenössische Kriegsverwaltung 154 (Herr Schinz sagt 240) Säte Maiskorn in der Folge wieder verwerthen und verrechnen konnte, bleibt ein Räthsel, welches zu lösen der Kommission bei dem gegenwärtigen Stande der Akten und bei den noch ausgebliebenen Aufschlüssen der handelnden Kommissariatsbeamten unmöglich war. Will die An gelegenheit noch weiter verfolgt werden, so wird es ge nügen, dem Bundesrath einen dießfälligen Auftrag zu er theilen. Die Kommission glaubt, daß auch dieser Punkt zu Gunsten der Kriegsverwaltung sich bereinigen lasse.

b. Der Ständerath verlangt durch seinen Beschluß fernere Auskunft darüber, wie es sich mit den Fourageverschleppungen in Zürich und Cham verhalte.

In Zürich sollen nach diesem Berichte Ctr. 38 Hafer, in Cham Ctr. 75 Hafer und Ctr. 80 Heu entwendet worden sein.

In Bezug auf die Entwendung in Zürich berichtet die dortige Polizeidirektion mit Schreiben vom 28. Juli leztthin: „Im Frühjahr 1848, und zwar Ende April oder Anfangs Mai, sei in zwei verschiedenen Malen durch Einbruch in das neue Zeughaus, das damals wegen Reparatur des eisernen Gatters gegen Außen nicht auf die gewöhnliche Weise abgeschlossen gewesen, Hafer entwendet worden. Nach einem Berichte der Verwaltung des Kornhauses, in welchem der entwendete Hafer verkauft wurde, habe derselbe 152 Sester betragen. Das Kantonskriegskommissariat, welches an dem gleichen Orte ebenfalls Hafer aufgespeichert gehabt, habe erklärt, 75 Sester oder 10 Centner gehören der Eidgenossenschaft. Der eine Urheber dieses Diebstahls sei bestraft worden; der andere habe sich während der Untersuchung erhängt. Nach einem Berichte des Hrn. Stapfer,

der im Jahr 1847 mit der Buchführung für das Kantonskriegskommissariat Zürich beschäftigt gewesen, habe es sich bei der Bilanz gezeigt, daß für den Kanton eine Differenz von Etr. 100 vorhanden sei, die man nicht habe ausmitteln können; von Hrn. Kündig sei, Namens der Eidgenossenschaft, der Hafer reklamirt worden. In Bezug auf den Diebstahl sei es nicht möglich gewesen, ganz genau das Quantum des entwendeten Hafers zu bezeichnen und man habe, um Kosten zc. zu vermeiden, ein Abwägen der Borräthe unterlassen; er glaube sich zu erinnern, daß von den eidgenössischen Borräthen ein bedeutend größeres Quantum, als von den kantonalen genommen worden sei.

Durch diese Aktenstücke ist der Beweis dafür, daß ein Quantum Hafer in Zürich entwendet worden, geleistet. Wie viel die Entwendung betragen, ist jedoch nicht hergestellt; namentlich weiß man nicht, wie viel von dem entwendeten Hafer der Eidgenossenschaft und wie viel dem Kantone angehört. Nach unserer Ansicht reichen indessen die vorliegenden Berichte hin, um das Kriegskommissariat der Verantwortlichkeit für den Mangel der 38 Etr. zu erheben. Von einem strengen juristischen Beweise hinsichtlich des Quantums kann überhaupt in einem solchen Falle keine Rede sein, einestheils weil nicht bestimmt ausgemittelt ist, welcher dieser Borräthe am meisten durch die Diebe in Anspruch genommen wurde, und weil andernteils es im Interesse der Thäter eines Diebstahls liegt, den Betrag der Entwendung gering anzugeben. So wie es bei vielen Diebstählen unmöglich ist, einen genauen Beweis für die Größe der geschenehen Entwendung herzustellen, so wird es namentlich auch in einem Falle, wie der vorliegende ist, zu den Unmöglichkeiten gehören, den Betrag auszumitteln, und man kann daher das ermittelte Quantum auch nicht als maßgebend ansehen.

Was nun die Fourageverschleppung in Cham betrifft, so liegt hier vor:

1) Ein Schreiben des Herrn Major Halder vom 30. November 1847 an das Oberkriegskommissariat, in welchem derselbe sagt:

„Ich will offen gestehen, daß die paar Tage in Cham zu den bittersten meines Lebens gehören.“

2) Ein Schreiben des Gleichen vom 10. September 1848, in welchem er bemerkt:

„Nüchternlich des Heus wird der Hauptausfall auf unsere Aufenthaltstage in Cham, 23. bis 27. November, fallen, wo uns während einer Nacht eine Scheune, trotz der aufgestellten Wachtposten ganz geleert wurde.“

3) Zwei Schreiben vom 17. Januar 1853 und 7. Juli gleichen Jahres, in welchen Herr Major Halder folgende nähere Angaben über die fraglichen Verschleppungen machte:

„Am 24. November 1847 in der Frühe und in der Nacht vom 24. auf den 25. gleichen Monats seien fortwährend Truppen durch Cham marschirt. Diese Truppen hätten ihre Requisitionsfuhren mitgebracht, welche mit ausgehungerten Pferden bespannt gewesen. Für diese habe man nun ohne Gutscheine manchmal das doppelte Quantum Fourage genommen. Das Gleiche sei auch in Bezug auf die übrigen Pferde der Fall gewesen. Die Einhaltung der reglementarischen Bestimmungen habe zu den Unmöglichkeiten gehört.“

4) In der mit Herrn Stabshauptmann Fey vorgenommenen Einvernahme bestätigt derselbe im Wesentlichen die Angaben des Herrn Halder und spricht seine Ueberzeugung dahin aus: „Von den vorhandenen Vorräthen, die bedeutend gewesen, sei eine große Masse, ohne Gutscheine dafür zu geben, weggenommen worden; weder Heu noch Hafer sei verkauft worden; hingegen hätten die

vielen anwesenden Pferde eine ordentliche Quantität verzehrt; Gutscheine habe man bei der großen Eile nicht geben und eben so wenig die Pferde wegen den Gutscheinen verhungern lassen können."

5. In gleicher Weise spricht sich Herr Stabshauptmann Jenny in einem Schreiben vom 9. Juli 1853 aus.

Diese Behauptungen werden von einem Mitgliede des Nationalrathes, welches zu jener Zeit in Cham war, im Ganzen genommen bestätigt.

Werden nun diese Erzählungen, die mit einander übereinstimmen, ins Auge gefaßt, so geht daraus mit Gewißheit hervor, daß in Cham vor und nach der Einnahme von Luzern durch die fortwährenden Truppenmärsche eine solche Verwirrung hervorgerufen wurde, daß die Handhabung der reglementarischen Bestimmung, nach welcher Fourage nur gegen Gutscheine abgeliefert werden soll, nicht mehr möglich war, und hier ist, was unser verehrte General in seinem Schreiben sagt: „Die Nothwendigkeit geht über die reglementarischen Bestimmungen,“ in vollem Maße eingetroffen. Wir halten den Ausweis, daß in Zürich und Cham Fourage, am ersteren Orte genommen, an dem letztern auf unrechte Weise und gewaltsam bezogen wurde, für geleistet und weitere Beweise, die übrigens nicht erbracht werden könnten, für überflüssig.

c. Der nicht materielle, wol aber moralisch wichtigste Punkt für die Verwaltung ist die Gelddifferenz. Herr Schinz behauptet zwar nicht, daß das Kommissariat durchweg die Gelder in eidgenössischer Währung, d. h. das Fünffrankenstück à Bazen 34 und den Brabänterthaler zu Nappen 392 empfangen und zum abusuven Kurse ausgegeben habe; wol aber verdächtigt er, unter Hinweisung auf frühere Verhandlungen durch sein Verlangen, daß diese

Sache näher untersucht werde, die Kommissariatsbeamten, namentlich das Kriegszahlamt und den Oberkriegskommissär.

Die Unterzeichneten haben aus diesem Grunde jener Sache die genaueste Aufmerksamkeit gewidmet und, so weit es immerhin möglich war, die Thatsachen, welche eine Aufklärung zu geben vermochten, zu erheben versucht. Sie ließen sich vorerst das Kassabuch vorweisen, in welchem sich, wie der beiliegende Auszug zeigt, eine Masse von Einträgen findet, durch welche die Valutendifferenz der Eidgenossenschaft zu gut geschrieben wurde. Sie ließen sich im Weiteren den Kontokurrent mit den Kantonskriegskommissariaten, die Empfangscheine des Kriegszahlamtes und die Bordereaux vorweisen, welche mit wenigen Ausnahmen in Schweizerwährung ausgestellt sind. Bei einigen dieser Empfangscheine ist die Währung nicht näher bezeichnet; hingegen findet sich keiner, der auf den Abkurs lautet und nicht gleichzeitig in eidgenössische Währung reduziert wäre. Wir glaubten jedoch, uns mit dieser Auskunft nicht begnügen zu sollen und richteten theils an die sämtlichen Kommissariatsstellen der Kantone und an die Divisions- beziehungsweise Brigadefriedenskommissäre, theils an 135 der bedeutenderen Lieferanten Schreiben, in welchen die Einladung enthalten war, darüber zu berichten, von wem sie Bezahlung erhalten und in welchem Münzfuße.

Die erteilten Antworten der Kantonskriegskommissäre, mit Ausnahme desjenigen, welcher gleichzeitig Kriegskommissär der ersten Division war, gehen dahin, daß sie in eidgenössischer Währung die Gelder bezogen und wieder in dem gleichem Fuße ausgegeben haben. Die Lieferanten berichten fast durchweg ebenfalls, daß sie in eidgenössischer Währung bezahlt worden seien; bloß diejenigen für die erste Division wollen die Gelder in kantonaler

Währung empfangen haben, so wie etliche andere Lieferanten eine abweichende Zahlungsweise vorschützen, die übrigens ihre gebührende Verrechnung gefunden hat. Der Kriegskommissär der ersten Division sagt hingegen in seinem Schreiben, er habe zwar von dem eidgenössischen Kriegszahlamte und dem eidgenössischen Oberkriegskommissär die Gelder in eidgenössischer Währung erhalten, allein dieselben an die Lieferanten und Privaten zum abusiven Kurse ausgegeben. Um sich nun dießfalls zu rechtfertigen, beruft er sich auf ein Schreiben des Herrn Schinz vom 18. August 1831, mit welchem das damalige Oberkriegskommissariat die Kantonskriegskommissärs beauftragte, die Lieferungsverträge in den in den Kantonen üblichen Abusivkursen abzuschließen und die Differenz, die entstehe, der eidgenössischen Kriegskasse zu gut zu schreiben. Zufolge dieser Anweisung seien die Lieferungen von ihm in abusiver Währung, d. h. meistens die Fünffrankenstücke zu 34½ Bazzen und die Brabänterthalter zu 39 Bazzen, bezahlt worden und er habe die Differenz der eidgenössischen Kasse nach dem Rechnungsschlusse zu gut schreiben wollen.

Was nun die Beamten des Kriegszahlamts und des eidgenössischen Oberkriegskommissariats betrifft, so geht aus den erhobenen Thatsachen mit Sicherheit hervor, daß die Zahlungen mit den wenigen in Rechnung gebrachten Ausnahmen in eidgenössischer Währung geleistet wurden. Es fällt mithin demselben nichts zur Last, und die erhobene Verdächtigung stellt sich als ganz unbegründet dar.

Man hätte erwarten dürfen, daß ein Offizier, der eine so hohe Stelle in der Armee bekleidet, wie Herr Schinz, seinerzeit vorerst nachgefragt und Erkundigungen eingezogen, ehe er Zweifel gegen die obersten Beamten der Verwaltung äußert, deren Tragweite er nothwendigerweise kennen mußte.

Was nun den Kriegskommissär der ersten Division betrifft, so wollen wir die Handlungsweise desselben nicht weiter beurtheilen, sondern dieses der nähern Untersuchung, die nothwendiger Weise eintreten muß, überlassen. Für die Rechnung ist nur die Bestimmung zu treffen, daß der Kommissär anzuhalten sei, die durch den Bundesrath noch näher festzustellende Differenz in der Valuta zu ersetzen. Dabei können wir eine Bemerkung nicht unterdrücken, die durch das Zirkular des Herrn Schinz vom Jahr 1831 hervorgerufen wird. Wir halten nämlich dafür, daß es ganz unpassend gewesen sei, den Kantonskriegskommissären vorzuschreiben, die Verträge in einer andern, als der gesetzlichen Währung abzuschließen. Solche Vortheile hätte man benutzen können, um, was in der Natur der Sache liegt, von den Lieferanten günstigere Bedingungen zu erhalten; allein niemals sollte man die Beamten anweisen, gegen das Gesetz zu handeln. Durch ein solches Verfahren wird Unordnung hervorgerufen und man muß sich nicht wundern, wenn es hie und da Einen gibt, der dieses benutzt, um sich einen Vortheil, der ihm nicht gebührt, zu verschaffen.

II.

Die Reklamation der Gemeinde Brieg, Kantons Wallis, scheint materiell nicht ganz aus der Luft gegriffen zu sein. Mindestens ist es Thatsache, daß Brodportionen von der Gemeinde Brieg in das dortige Magazin abgeliefert wurden, welche bloß theilweise bezahlt und verrechnet worden sind. Nach den Behauptungen der Gemeinde Brieg sollen ihre daherigen Gutscheine seinerzeit rechtzeitig abgegeben worden sein. Wäre diese Behauptung richtig, was zu ermitteln nicht unmöglich sein sollte, so genügte der Umstand der gepflogenen Abrechnungen zwischen den verschiedenen Kommissariaten und Magazinverwaltern zur Abweisung

der Gemeinde Brieg jedenfalls nicht. Indessen ist dieses ein Punkt, der wol weniger in den Bereich einer Rechnungspassion, als in denjenigen einer besondern und durch den Bundesrath zu erledigenden Spezialverhandlung gehört.

Die Kommission hält sonach dafür, es sei der Artikel 2 fallen zu lassen und die Erledigung der fraglichen Reklamation einfach dem Bundesrathe etwa mit dem Wunsche anheim zu geben, daß, wenn die Angaben der reklamirenden Munizipalität sich erwahrten, man nachträglich die dazugehörige Forderung anerkennen und die Gemeinde Brieg wegen allzustrengen Festhaltens an Formen nicht zu Schaden kommen lassen solle.

III.

In Betreff der Ausgaben, über welche sich der Rechnungssteller noch nachträglich auszuweisen hatte, sind in der Zwischenzeit folgende Zahlungsbelege beigebracht worden:

Ad a. Magazinins zu Gunsten der Inselfspitalverwaltung in Bern Fr. 50. Hier liegt eine nachträgliche Empfangsbefcheinigung des Hrn. König, Inselfspitalverwalters, vor, worin derselbe bezeugt, daß er Fr. 100 Miethzins für Benutzung des Plainpied des Kornhauses von dem Zeitraum vom 1. November 1847 bis 1. November 1848 erhalten habe. In diesen sind die Fr. 50 inbegriffen.

Ad b. Saldo an den Dekonomen der Militärspitäler in Aarau, Fr. 100. Hier ist nachgewiesen, daß Fr. 1776. 20 an den Dekonomen Fisch in Aarau und Fr. 145. 55 an Frau Gubler bezahlt worden sind, mithin im Ganzen die Summe von Fr. 1921. 75; gleich dem in Ausgabe gebrachten Posten. Ein Saldo ist daher nicht mehr vorhanden.

Ad c. Fr. 66 an den Brigadestab Gerwer. Durch die Erklärung des Herrn Gyger, gewesenen Rechnungsführers des Brigadestabes Gerwer, daß die Summe von Fr. 66 a. W. bezahlt worden sei, ist die Ausgabe bescheinigt.

Ad d. Fr. 29 an Pferdarzt Hasler in Toffen. Hier liegt eine von ihm den 14. Juli 1853 ausgestellte Quittung vor.

Ad e. Fr. 80 Spesen an das Kriegskommissariat von Zürich und Fr. 680 an die Klostergutverwaltung Muri. In einer quittirten Rechnung von den Herren J. Lütthi und Kompagnie in Zürich sind die Fr. 80 als bezahlt eingetragen. Sodann wird in einem Schreiben des Herrn Müller, Präsidenten der Armenpflege Muri, bezeugt, daß er 200 Fünffrankenstücke ohne Aufgeld erhalten habe. Die Ausgabe ist mithin bescheinigt. *)

Ad f. Fr. 16 für Miethzins in Chillon. Durch die Quittung des Herrn Hauptmann Gétaz, Gehilfe des Kommissariats in Bivis, wird diese Zahlungsleistung nachträglich bescheinigt.

Ad g. Heizung von Arrestlokalen. Scharfschützenlieutenant Aeschlimann bescheiniget, daß er in seiner früheren Eigenschaft als Kaserneninspektor in Bern Fr. 111. 45 für Heizung etc. von Arrestlokalen erhalten habe. Die Quittung ist von dem gegenwärtigen Kriegskommissär des Kantons Bern visirt und genügt als Zahlungsbeleg.

Ad h. Empfangschein des Herrn Präfekten Wolf für Fr. 242. 07 und des Herrn A. Bonjour, Ra-

*) Das Heu wurde nicht von der Klostergutverwaltung, sondern von der Armengutverwaltung Muri, welche Eigenthümerin des in den Räumlichkeiten des Klosters verwahrten Heus war, geliefert.

mens der Herren J. Eytel und A. Bonjour, für Fr. 239, zusammen also für Fr. 481. 07. Durch diese Quittung wird die bezeichnete Ausgabe als bescheinigt hergestellt.

Ad i. Die Quittung für die gemachte Vergütung, betragend Fr. 60. 05 an den Herrn Staub, Kommandanten der Scharfschützenkompagnie Nr. 1, konnte nicht mehr beigebracht werden, weil Herr Staub gestorben ist. Aus der Kopie eines Schreibens an den bezeichneten Offizier vom 23. November 1848 unter Nr. 1126 geht jedoch hervor, daß der Betrag übersendet wurde. Der Tod des Herrn Staub macht die Beibringung eines weitem Belegs unmöglich und die Kommission hält dafür, daß man unter den obwaltenden Umständen um so mehr von weiterer Reklamation abgehen könne, als die übrigen Punkte bereinigt sind.

IV.

Der Herr Oberkriegskommissär erklärt, es sei ihm unmöglich, in Bezug auf die Verwendung der angeschafften und für die Truppen bestimmten Borräthe an Kaffee, Zucker, Wein, Brantwein und Kirschwasser weitere Ausweise zu leisten, und sagt in seinem diesfälligen Schreiben: „Die Anschaffungen hatten in Folge Generalbefehls bei den Divisionen und Brigaden mit einer großen Eifertigkeit stattfinden müssen. Jedem Korps wurde eine Quantität der Getränke zugesandt und mitgegeben. Verwendung gegen Quitscheine war eben so wenig regeltmäßig möglich, als stets genaue Aufsicht und Bewachung der Fässer, und es bedurfte wahrlich noch vieler Mühe und Sorgfalt, um die nicht konsumirten Reste unserer Borräthe wieder zusammen zu bringen, dasjenige zu Gunsten der Kriegskassa zu realisiren, was wirklich in den Rückvergütungen vorkommt. Die Quartiermeister und Rechnungsführer der Korps hätten allerdings auf diese Acces-

„sorgen mehr Aufsicht halten sollen. War dieses aber unter „jenen Umständen möglich?“

Wenn wir auch davon ausgehen, daß die Umstände für eine gehörige Kontrolle sehr schwierig waren, so müssen wir dennoch die Ansicht äußern, daß eine bessere Kontrolle als die, welche geführt worden ist, möglich gewesen wäre. Die Schuld fällt jedoch hier, wie wir annehmen, nicht sowol auf das Oberkriegskommissariat, als vielmehr auf das untergeordnete Kriegskommissariatspersonal, das bei den Divisionen und Brigaden angestellt war. Es geht aus den Akten hervor, daß diese Offiziere theils nicht die nöthigen Kenntnisse hatten, theils nicht die erforderliche Energie zeigten. In mehreren Fällen wäre es durch Requisition von Mannschaft möglich gewesen, den Ein- und Ausgang der Vorräthe besser zu überwachen und dem Andrang von Soldaten entgegen zu wirken. Wenn wir jedoch folgende Umstände ins Auge fassen, so müssen wir zu der Ueberzeugung gelangen, daß die Vorräthe an Kaffee, Zucker, Wein, Branntwein und Kirschwasser, so weit sie nicht als verwendet oder verwerthet ausgewiesen wurden, von den Kommissariatsbeamten nicht zu ihrem Vortheil verkauft oder unterschlagen worden sind:

a. Die Berichte mehrerer Kommissariatsbeamten über die Unordnungen, welche bei der Austheilung der Extraverpflegung stattgefunden haben;

b. die eigenen Wahrnehmungen der Mitglieder der Kommission und anderer Offiziere, mit denen sie gesprochen, über den beträchtlichen Verbrauch der Extraverpflegung, namentlich bei einigen Divisionen;

c. der Wiederverkauf und die gehörige Verrechnung größerer und kleinerer Reste von Kaffee, Zucker, Wein, Branntwein und Kirschwasser, nach beendigtem Feldzug zu Gunsten der eidgenössischen Kasse.

V.

Bezüglich der dem Rechnungssteller zur Last geschriebenen Summen ist zu bemerken:

Ad a, b und e. Fr. 51. 20 (a) und Fr. 20 (e) sind laut Quittung der Bundeskasse seit dem Beschluß des Ständerathes bezahlt worden. Die Fr. 62 (b) wurden in der frühern Revision laut Tabelle, Kolonne 4, in Rechnung gebracht und in dieser Weise vergütet.

Ad c. Hier sagt der Herr Oberkriegskommissär in seinem Schreiben vom 20. Juni 1853, veranlaßt durch die Ausstellung des Ständerathes:

„Daß laut beiliegender Erklärung des bei der hiesigen Magazinverwaltung angestellten und mit der Bäckereidirektion beauftragten Herrn Friedr. Niehans die Zufuhren in die hiesige Hauptniederlage nicht verifizirt werden konnten und nur nach der Angabe der Fakturen bezeichnet und sowol an die Bäcker des hiesigen Vereins als bei Verkauf des Vorrathes in Bernergewicht berechnet und ausgegeben worden seien.“

Diese Erklärung des Herrn Friedrich Niehans datirt sich vom 19. Juli 1853 und findet sich bei den Akten.

Der Oberkriegskommissär sagt ferner in seinem diesfälligen Schreiben, „es könne durch die zuständige Behörde amtlich erhoben werden, daß die Bäcker das Mehl in alt Bernergewicht bezogen, was gegen das reglementarische Gewicht einen Unterschied von $\frac{4}{10}$ Pfund per Zentner, in welchem Betrag das Bernergewicht schwerer sei, ausmache.

Die Kommission hält dafür, daß die Gewichtsdivergenz als nachgewiesen und das Kommissariat mit dem Betrage von Fr. 481. 77 nicht weiter zu belasten sei.

Ad d. In Bezug auf diesen Posten geht aus einem unterm 15. November 1847 durch den Quartiermeister des Bataillons Nr. 29 ausgestellten Gutschein hervor, daß an dem bezeichneten Tage 529 Portionen Fleisch für das besagte Bataillon bezogen wurden, während für den Tag vorher nur für 127 Portionen ein Gutschein dem Kommissariat abgegeben wurde. Die Behauptung, daß das Bataillon die 395 Rationen, welche hier zur Sprache kommen, bezogen habe, ist daher wahrscheinlich; denn wie könnte man annehmen, daß dieses Korps, welches mehr als 550 Mann stark war, am 14. Nov. nur 127 Rationen erhalten hätte?

Ad f. Die 462 Maß Wein, welche den Betrag von Fr. 149. 60 ausmachen, wurden für Fr. 90. 40 verkauft. Die Differenz von Fr. 59. 20 fällt der Eidgenossenschaft zur Last, weil aus den Akten erhellt, daß der übrigens verdorbene Wein nicht auf Rechnung des Kaiser-Pauli, sondern auf Rechnung der Armeeverwaltung verkauft wurde.

Ad g. Es geht aus den Akten hervor, daß dem Kreisadjutanten Bach für die Organisation eines Scharfschützenbataillons der Landwehr des Kantons Bern Fr. 91. 10 Rp. laut quittirter Rechnung bezahlt wurden. Der Kriegskommissär des Kantons Bern verweigert mit Schreiben vom 18. Juli 1853 die Restitution der fraglichen Summe. Wenn nun auch mit Recht angenommen werden kann, daß der Kanton Bern diese Ausgabe, wie es in andern Kantonen der Fall war, hätte bestreiten und keine Vergütung von Seite der eidgen. Kriegskasse geleistet werden sollen, so hält die Kommission dennoch dafür, daß es nach Ablauf einer so geraumen Zeit nicht mehr angemessen sein dürfte, auf der Reklamation dieses Postens an den Kanton Bern zu bestehen.

Fassen wir das Gesammtergebniß der aufgetragenen Untersuchung ins Auge, so reduzieren sich die Ausstellungen, welche der Rechnung über die Truppenaufstellung vom Jahr 1847/48 noch vor kurzer Zeit mit Grund gemacht werden mochten, in Folge der erhobenen Daten auf zwei einzige; sie betreffen: a) die Agiovergütung, zu welcher der Kriegskommissär der ersten Division kraft eigenen Geständnisses verfällt werden muß, und b) den Bestand der 500 Säke Maiskorn, in Hinsicht auf welchen noch weitere Aufschlüsse gewärtiget werden müssen.

Im Uebrigen darf die Generalrechnung von jener Zeit mit vollem Vertrauen auf die Redlichkeit der Armeeverwaltung und in der Hoffnung, daß es bei einer bessern Organisation der Kriegsverwaltung möglich werden sollte, administrativen und andern Verstößen, wie sie leider hie und da zu Tage getreten, künftig aufs kräftigste vorzubeugen, genehmigt werden. Dabei stellen wir es der prüfenden und entscheidenden Behörde anheim, ob es nicht am Orte sei, anbei der Leistungen des vielfach verfolgten Verwaltungspersonals anerkennend zu erwähnen.

Schließlich müssen wir Sie, Tit., in Anbetracht der Kürze der Zeit, die uns für die Untersuchung und Berichterstattung zugemessen war, um nachsichtige Beurtheilung unserer Arbeit bitten.

Mit Hochschätzung!

Bern, den 31. Juli 1853.

Die Untersuchungskommission:

H. Benz.

S. Schwarz.

Bericht der Untersuchungskommission über die Sonderbundsrechnung Vom 30. Juli 1853.

In	Bundesblatt
Dans	Feuille fédérale
In	Foglio federale
Jahr	1853
Année	
Anno	
Band	3
Volume	
Volume	
Heft	36
Cahier	
Numero	
Geschäftsnummer	---
Numéro d'affaire	
Numero dell'oggetto	
Datum	06.08.1853
Date	
Data	
Seite	244-260
Page	
Pagina	
Ref. No	10 001 208

Das Dokument wurde durch das Schweizerische Bundesarchiv digitalisiert.

Le document a été digitalisé par les Archives Fédérales Suisses.

Il documento è stato digitalizzato dall'Archivio federale svizzero.